S 7 AS 696/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung 6.

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Sachgebiet

Aktenzeichen S 7 AS 696/19 Datum 03.05.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 AS 947/21 Datum 16.12.2021

3. Instanz

Datum 21.06.2023

Â

Die Berufung des KlĤgers wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Die Revision wird zugelassen

Â

Tatbestand:

Â

Die Beteiligten streiten $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Gew \tilde{A} ¤hrung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch \hat{a}_{\square} Grundsicherung f $\tilde{A}^{1/4}$ r Arbeitsuchende \hat{a}_{\square} (SGB II), inzwischen nur noch f $\tilde{A}^{1/4}$ r die Zeit von Mai 2019 bis Juli 2020.

Â

Der 1980 geborene Kläger nahm nach dem Abitur ein Studium der Meteorologie auf, fþr das er ohne Abschluss 31 Semester eingeschrieben war. Ab 2015 war er in verschiedenen Tätigkeiten abhängig beschäftigt, zuletzt bis August 2018 als Museumsaufsicht.

Â

Im August 2018 beantragte der KlĤger Leistungen nach dem SGB II bei dem Beklagten.

Â

Zum 01.09.2018 nahm er ein Studium an der Fachhochschule (FH) B im Bachelorstudiengang Angewandte Mathematik und Informatik auf. Am 03.09.2018 begann er zudem eine Ausbildung zum Mathematisch-technischen Softwareentwickler. Den Ausbildungsvertrag hatte er am 29.05.2018 mit der Hochschule C fÃ¹/₄r den Zeitraum vom 03.09.2018 bis zum 02.09.2021 geschlossen. Vereinbart war im Ausbildungsvertrag ein Ausbildungsentgelt i.H.v. 936,82 â∏¬ im ersten Ausbildungsjahr, i.H.v. 990,96 â∏¬ im zweiten Ausbildungsjahr sowie i.H.v. 1.040,61 â□¬ im dritten Ausbildungsjahr. Daneben verfügte der Kläger im streitigen Zeitraum über keine weiteren Einkünfte. Unter â∏Sonstigesâ∏ enthÃxIt der Vertrag folgende Regelung: â∏Die Ausbildung zum Mathematischtechnischen Softwareentwickler erfolgt in Kombination mit dem dualen Studiengang Angewandte Mathematik und Informatik an der Fachhochschule (FH) B. Der Auszubildende ist verpflichtet, sich in diesen Studiengang an der FH B zu immatrikulieren.â∏∏ Ferner war in § 4 des Vertrages bestimmt, dass für die Dauer der Immatrikulation an der FH B die Berufsschulpflicht ruht. § 5 regelte die regelmäÃ∏ige durchschnittliche Ausbildungszeit und die tägliche Ausbildungszeit. Der Vertrag wurde am 26.06.2018 in das Verzeichnis der BerufsausbildungsverhĤltnisse der Industrie- und Handelskammer eingetragen.

Â

Mit Bescheiden vom 03.09.2018 und 06.11.2018 lehnte der Beklagte die Bewilligung von Leistungen jeweils mit der Begr \tilde{A}^{1} /4ndung ab, eine Entscheidung sei nicht m \tilde{A}^{9} glich, weil Unterlagen fehlten und Hilfebed \tilde{A}^{1} /4rftigkeit damit nicht nachgewiesen sei.

Â

Die Bundesagentur fÃ $\frac{1}{4}$ r Arbeit (BA) lehnte einen Antrag des KlÃ α gers auf Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) vom 30.01.2019 ab (Bescheid vom 12.02.2019) mit der BegrÃ $\frac{1}{4}$ ndung, die erforderlichen Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts stÃ $\frac{1}{4}$ nden anderweitig zur VerfÃ $\frac{1}{4}$ gung. Von einer PrÃ $\frac{1}{4}$ fung der sonstigen Voraussetzungen habe die BA abgesehen.

Â

Den Antrag auf Ausbildungsfå¶rderung nach dem Bundesgesetz å½ber individuelle Få¶rderung der Ausbildung (Bundesausbildungsfå¶rderungsgesetz â∏ BAfå¶G) lehnte das Studierendenwerk B als Amt få¼r Ausbildungsfå¶rderung unter Verweis auf å§ 7 Abs. 3 BAfå¶G ab (Bescheid vom 01.04.2019). Der Klå¤ger habe få¼r die Dauer von 31 Semestern in der Fachrichtung Meteorologie studiert. Ausbildungsfå¶rderung få¼r eine andere Ausbildung werde geleistet, wenn der Auszubildende aus wichtigem Grund oder aus unabweisbarem Grund die Ausbildung abgebrochen oder die Fachrichtung gewechselt habe. Bei Auszubildenden an Hochschulen gelte å§ 7 Abs. 3 Nr. 1 BAfå¶G nur bis zum Beginn des vierten Fachsemesters. Der Klå¤ger sei få¶rderungsrechtlich so zu behandeln, als ob der Fachrichtungswechsel nach dem 31. Semester erfolgt sei. Der genannte Zeitrahmen von drei Semestern sei damit å¼berschritten, so dass der wichtige Grund nicht mehr berå¼cksichtigt und Ausbildungsfå¶rderung nicht mehr geleistet werden kå¶nne. Ein unabweisbarer Grund sei in seinem Fall nicht erkennbar.

Â

Am 16.05.2019 beantragte der Kläger erneut Leistungen bei dem Beklagten und gab unter anderem an, BAB und Leistungen nach dem BAföG beantragt zu haben. Er legte unter anderem eine Studienbescheinigung und eine Bescheinigung der AOK über das Bestehen der Versicherungspflicht als Arbeitnehmer seit dem 03.09.2018 vor. Ferner machte er Angaben zu den Kosten der von ihm zum 01.09.2018 angemieteten, im örtlichen Zuständigkeitsbereich des Beklagten gelegenen Wohnung. Danach hatte der Kläger einen monatlichen Mietzins i.H.v. 350 â \Box ¬ sowie einen Abschlag auf die Betriebs- und Heizkosten i.H.v. 120 â \Box ¬ zu zahlen. Bei einer Vorsprache am 06.06.2019 teilte er zudem mit, dass die Warmwasseraufbereitung über einen Durchlauferhitzer erfolge. Ferner legte der Kläger die Ablehnungsbescheide der BA und des Studierendenwerkes, eine Bezügemitteilung über das Ausbildungsentgelt fþr Mai 2019 sowie Kontoauszüge für den Zeitraum März bis Mai 2019 vor.

Â

Mit Bescheid vom 06.06.2019 lehnte der Beklagte auch den Antrag auf Leistungen nach dem SGB II aus Mai 2019 ab und fýhrte zur Begründung aus, der Kläger sei in Ausbildung, und diese Ausbildung sei im Rahmen des BAföG oder der §Â§ 51, 57 und 58 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch â \square Arbeitsförderung â \square (SGB III) dem Grunde nach förderungsfähig. Auszubildende hätten über die Leistungen nach § 27 SGB II hinaus keinen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Der Antrag auf Leistungen nach dem BAföG sei abgelehnt worden, da es sich um ein Zweitstudium oder einen sogar darüber hinausgehenden Studiengang handele. Der Ablehnungsgrund des Studierendenwerkes könne nicht begünstigend in Bezug auf die Anspruchsvoraussetzungen nach dem SGB II gewertet werden.

Â

Der KlĤger legte Widerspruch ein und trug vor, in dem BAfĶG-Ablehnungsbescheid stehe nichts zur FĶrderfĤhigkeit der Ausbildung dem Grunde nach. GemĤÄ∏ § 2 Abs. 5 BAfĶG seien die Ausbildungsabschnitte fĶrderfĤhig, die an einer der in § 2 Abs. 1 BAfĶG genannten AusbildungsstĤtten stattfinden und die Arbeitskraft des Auszubildenden im Allgemeinen voll in Anspruch nehmen. Dies sei in seinem Fall nicht zutreffend, da er in der Vorlesungszeit 24 Stunden pro Woche im Ausbildungsbetrieb sei und nur 16 Stunden pro Woche Veranstaltungen der Fachhochschule besuche. In der vorlesungsfreien Zeit sei er 40 Stunden pro Woche im Ausbildungsbetrieb. Im Durchschnitt nehme die Zeit an der Fachhochschule also nur etwa ein Viertel der Arbeitskraft in Anspruch, was weit von der geforderten vollen Inanspruchnahme entfernt sei.

Â

Den Widerspruch wies der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 17.07.2019 als unbegründet zurück. Zur Begründung führte er im Wesentlichen aus, Leistungen nach dem SGB II erhielten erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die hilfebedürftig seien. Es handele sich um Leistungen der Grundsicherung Arbeitsuchender. Der Kläger sei nicht Arbeitsuchender, sondern Auszubildender (Student). Er unterfalle daher dem System der Ausbildungsförderung. § 7 Abs. 5 SGB II bestimme, dass Auszubildende, deren Ausbildung im Rahmen des BAföG dem Grunde nach förderungsfähig sei, über die Leistung nach § 27 SGB II hinaus keinen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II haben. Das Studium des Klägers sei dem Grunde nach förderungsfähig, so dass der Ausschluss nach § 7 Abs. 5 SGB II gegeben sei. Ausnahmen von diesem Ausschluss habe der Gesetzgeber nicht vorgesehen, weshalb es z.B. auf die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht ankomme. Ebenso seien weitere individuelle Gegebenheiten, Wþnsche und Einschätzungen nicht von Belang.

Â

Der KlÄger hat am 12.08.2019 vor dem Sozialgericht (SG) Aachen Klage erhoben. Zur Begründung hat er unter Vorlage der Prüfungsordnung für den dualen Bachelorstudiengang Angewandte Mathematik und Informatik für den Studienbeginn ab Wintersemester 2018/19 vorgetragen, er habe sich gezwungen gesehen, das vorhergehende Studium krankheitsbedingt abzubrechen. Er habe eine Berufsberatung eines anderen Jobcenters in Anspruch genommen, dort habe man ihm gesagt, dass er wĤhrend einer Ausbildung Leistungen nach dem SGB II erhalten könne. Das Jobcenter habe seinen Antrag abgelehnt, weil das Studierendenwerk B die grundsÄxtzliche FĶrderfÄxhigkeit seiner Ausbildung nicht verneint habe. Grundlage dafür könne Abschnitt 7.1.10 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum BAfĶG (BAfĶG VwV) gewesen sein. Dabei handele es sich jedoch lediglich um eine allgemeine Verwaltungsvorschrift. Dem stehe § 2 Abs. 5 BAföG gegenüber. Die Zeit im Ausbildungsbetrieb könne als Praktikum gewertet werden, doch würden in der Prüfungsordnung zu dem Studiengang nur wenige Praktika gefordert und nicht in dem Umfang, dass daraus abgeleitet

Studieninhalten arbeite, wie es nach § 2 Abs. 4 BAföG erforderlich sei. Die Zeit im ausbildenden Unternehmen werde nicht zur Ausbildungszeit gezählt, da sie nicht an einer der in § 2 Abs. 1 BAföG aufgelisteten Ausbildungsstätten stattfinde. In ständiger Rechtsprechung sei zudem festgestellt worden, dass jemand, der mehr als 20 Stunden pro Woche einer Beschäftigung nachgehe, in seinem Erscheinungsbild als Arbeitnehmer und nicht als Student anzusehen sei, was wiederum fýr eine fehlende BAföG-Förderfähigkeit und für eine Pflicht des Beklagten, dem Kläger Hilfe zum Lebensunterhalt zu leisten, spreche. Wenn der Kläger dem Erscheinungsbild nach Arbeitnehmer sei, dann könne ihn der förderfähige Ausbildungsabschnitt auch nicht voll in Anspruch nehmen. Es gehe nicht darum, dass das Studium den Kläger nur in geringem MaÃ∏ in Anspruch nehme, sondern in geringerem MaÃ∏e als die Zeit im Unternehmen mit durchschnittlich ca. 30 Stunden pro Woche.

Â

Der KlĤger hat beantragt,

Â

den Beklagten unter Aufhebung des Bescheides vom 06.06.2019 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 17.07.2019 zu verurteilen, ihm Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II ab Antragstellung und nach Ma̸gabe der gesetzlichen Bestimmungen zu bewilligen.

Â

Der Beklagte hat beantragt,

Â

die Klage abzuweisen.

Â

Er hat auf die Ausf \tilde{A}^{1} hrungen im Widerspruchsbescheid verwiesen und ist weiterhin der Auffassung gewesen, dass es sich um ein nach dem BAf \tilde{A} ¶G dem Grunde nach f \tilde{A} ¶rderf \tilde{A} xhiges Studium handele.

Â

Das SG hat eine Auskunft des Studierendenwerks eingeholt, das mit Schreiben vom 27.05.2020 mitgeteilt hat, dass es sich bei dem von dem KlĤger betriebenen Studiengang Angewandte Mathematik und Informatik â∏ ausbildungsintegrierendes duales Studium (Bachelor) â∏ an der FH B grundsätzlich um einen dem Grunde nach förderungsfähigen Studiengang handele. Die Regelstudienzeit betrage sechs Semester, und es könnten insgesamt 180 â∏Creditpointsâ∏ (CP) erlangt werden. Bei der Prüfung des Anspruchs der

Höhe nach sei die betrieblich gewährte Ausbildungsvergütung zu beachten.

Â

Im Sommer 2020 (nicht vor August) ist der Kläger aus dem örtlichen Zuständigkeitsbereich des Beklagten nach Marburg verzogen. Zum 01.10.2020 beendete er den Ausbildungsvertrag mit der Hochschule C und begründete ein neues Ausbildungsverhältnis derselben Fachrichtung mit einem anderen Ausbildungsbetrieb, einem Hersteller medizinischer Sofwareprodukte. Die Ausbildung schloss er im August 2021 erfolgreich ab. Ebenso wie zwischen der Hochschule C und der FH B bestand auch zwischen dem neuen Ausbildungsbetrieb und der FH B ein Rahmenvertrag für ein duales Studium, wobei der Kläger, der am 00.09.2020 Vater wurde, das Studium bei durchgehend fortbestehender Immatrikulation seit September 2020 nicht mehr aktiv betrieb.

Â

Das SG hat mit Urteil vom 03.05.2021 die Klage abgewiesen. Zur Begründung hat es zunĤchst ausgeführt, dass für den Zeitraum ab dem 01.09.2020 der Beklagte bereits nicht Ķrtlich zustĤndig sei, da der KlĤger seit diesem Tag seinen Wohnsitz nicht mehr im ZustĤndigkeitsbereich des Beklagten gehabt habe. Auch hinsichtlich des Zeitraums vom 01.05.2019 bis zum 31.08.2020 habe der KIäger keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II. Das SG hat auf § 7 Abs. 5 Satz 1 SGB II abgestellt und ausgeführt, die Ausbildung des Klägers sei dem Grunde nach fĶrderungsfĤhig nach dem BAfĶG. Abstrakt fĶrderungsfĤhig seien nach der Regelung in § 2 BAföG, der die abstrakte Förderungsfähigkeit abschlie̸end regele, Hochschulen wie vorliegend die vom Kläger besuchte FH B. Auch das Studierendenwerk habe in der Auskunft mitgeteilt, dass der Studiengang dem Grunde nach fĶrderungsfĤhig nach dem BAfĶG sei. Der Ausschlussgrund des § 2 Abs. 5 BAföG sei nicht erfüllt. Die Ausbildung des Klägers sei laut Ausbildungsvertrag auf drei Ausbildungsjahre und sechs Semester ausgelegt. Zu den relevanten Zeiten zAxhlten auch die Zeiten, die er in seinem Ausbildungsbetrieb verbringe. Es kA¶nne offenbleiben, ob der Ausbildungsbetrieb selbst nicht schon unter die AusbildungsstÄxttenart Hochschule falle. Die Zeiten des Klägers im Ausbildungsbetrieb müssten jedenfalls als Praktikumszeiten im Sinne des § 2 Abs. 5 Satz 2 BAföG angesehen werden. Dafür spreche auch die von dem KlAzger vorgelegte PrA¼fungsordnung, wonach das Studium nur mA¶glich sei, wenn ein Ausbildungsvertrag mit einem Unternehmen bestehe, mit dem die FH B einen Rahmenvertrag abgeschlossen habe. Ohne einen solchen Ausbildungsvertrag sei dem KlĤger der Zugang zum vorliegenden Studium verwehrt. Durch die Prýfungsordnung werde die Ausbildung im Betrieb zum Inhalt der Ausbildungsbestimmungen des Studiengangs. Dass das Studium den KlĤger nach seinem Vortrag nicht voll in Anspruch nehme, sei unerheblich, da es auf dessen subjektive Sicht nicht ankomme. Ein Studium sei grundsÄxtzlich auf ein Vollzeitstudium angelegt. Etwas anderes habe der hierfA¹/₄r darlegungspflichtige KIÃxger nicht vorgetragen. Er habe lediglich ausgeführt, dass ein offiziell vermerktes Teilzeitstudium tatsÄxchlich nicht vorliege. Es sei keine Differenzierung zwischen den Zeiten des Studienaufwandes und den Zeiten der praktischen

Ausbildungsstätte vorzunehmen. Ob das Studium einen Auszubildenden voll in Anspruch nehme, könne nur objektiv bewertet werden. Dabei könne nur auf die Zeiten abgestellt werden, die für die Ausbildung typischerweise insgesamt aufgewendet werden müssten. Dafür spreche auch die Formulierung in § 2 Abs. 5 Satz 1 BAföG. Das Ergebnis entspreche auch dem Sinn und Zweck der Regelungen und der Regelungssysteme des BAföG und des SGB II sowie deren Zusammenhang und Bezug zueinander. Die Ausschlussregelung solle die nachrangige Grundsicherung davon befreien, eine â \square versteckte â \square Ausbildungsförderung auf zweiter Ebene zu ermöglichen. Für den Ausschlussgrund gemäÃ \square § 2 Abs. 6 BAföG lägen keine Anhaltspunkte vor. Der KIäger könne auch keinen Mehrbedarf gemäÃ \square § 27 SGB II geltend machen, da er nicht dem Personenkreis unterfalle, dem die dort aufgeführten Mehrbedarfe zustünden.

Â

Gegen das ihm am 26.05.2021 zugestellte Urteil hat der KlÄger am 22.06.2021 (zunĤchst beschrĤnkt auf den Zeitraum vom 01.05.2019 bis zum 31.08.2020) Berufung eingelegt. Später hat er sein Begehren auf die Zeit bis einschlieÃ∏lich Juli 2020 beschrÄxnkt und zusÄxtzlich erklÄxrt, darlehensweise Leistungen nicht geltend zu machen. Zur Begründung seiner Berufung führt er aus, seine Ausbildung sei dem Grunde nach fĶrderungsfĤhig nach dem BAfĶG. Ausbildungsförderung werde gemäÃ∏ § 2 Abs. 5 Satz 1 BAföG nur geleistet, wenn der Ausbildungsabschnitt mindestens ein Schuljahr oder Studienjahr dauere und die Ausbildung die Arbeitskraft des Auszubildenden im Allgemeinen voll in Anspruch nehme. Ausbildungsabschnitt im Sinne des BAfA¶G sei die Zeit, die an Ausbildungsstätten einer Ausbildungsstättenart einschlieÃ∏lich der im Zusammenhang hiermit geforderten Praktika bis zum Abschluss oder Abbruch verbracht werde. Seine Ausbildung sei laut Ausbildungsvertrag auf drei Jahre und sechs Semester ausgelegt. Anders, als das SG annehme, gehĶrten hierzu nicht die Zeiten, die der KlĤger in seinem Ausbildungsbetrieb verbringe, denn die C unterliege selbst nicht der AusbildungsstÄxttenart Hochschule. Auch eine Anwendung des

§ 2 Abs. 4 Satz 1 BAföG führe nicht zu den relevanten Zeiten. Das SG habe auch verkannt, dass ein Anspruch des Klägers auf SGB-II-Leistungen dann fehle, wenn eine Ausbildung förderungsfähig gemäÃ∏ <u>§ 16 Abs. 1 SGB III</u> sei. Dies sei insbesondere der Fall, wenn die Ausbildung nach den Anforderungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) erfolge. Wenn die genannten Voraussetzungen erfÃ⅓Ilt seien, bestehe auch bei einer Ausbildung, die im Rahmen eines dualen Studiums durchgefÃ⅓hrt werde, Anspruch auf aufstockende Leistungen nach dem SGB II. Diese Voraussetzungen seien im Fall des Klägers erfÃ⅓Ilt, denn sein Ausbildungsvertrag sei durch die Industrie- und Handelskammer (IHK) in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragen worden.

Â

Der Kläger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Aachen vom 03.05.2021 zu Ĥndern und den Beklagten unter Aufhebung des Bescheides vom 06.06.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17.07.2019 zu verurteilen, dem KlĤger Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II fþr den Zeitraum vom 01.05.2019 bis zum 31.07.2020 nach MaÃ∏gabe der gesetzlichen Bestimmungen zu gewĤhren.

Â

Der Beklagte beantragt,

Â

die Berufung zurýckzuweisen.

Â

Zur Begründung verweist er auf die Ausführungen im Urteil des SG und ergänzend darauf, dass der Kläger durchgehend als Student immatrikuliert gewesen sei.

Â

Wegen der Einzelheiten des Sachverhalts und des weiteren Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Streitakte sowie der beigezogenen VerwaltungsvorgĤnge des Beklagten, der Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen ist, Bezug genommen.

Â

EntscheidungsgrÃ1/4nde:

Â

A) Die Berufung hat keinen Erfolg. Sie ist zulĤssig, aber unbegründet.

Â

Â

II. Die Berufung ist unbegrýndet.

Â

1. Gegenstand des Berufungsverfahrens ist neben der Entscheidung des SG der Bescheid vom 06.06.2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17.07.2019, mit dem der Beklagte die Bewilligung von Leistungen nach dem SGB II abgelehnt hat. Der KlĤger hat den Streitgegenstand durch seine ErklĤrung in der mýndlichen Verhandlung und seinen Antrag zulĤssigerweise auf den Zeitraum vom 01.05.2019 bis zum 31.07.2020 beschrĤnkt.

Â

2. Die Klage ist als kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage gem $\tilde{A} = \tilde{A} = \tilde{$

Â

3. Sie ist aber nicht begründet. Der Kläger ist durch den Bescheid vom 06.06.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17.07.2019 nicht im Sinne des <u>§ 54 Abs. 2 Satz 1 SGG</u> beschwert, weil dieser rechtmäÃ□ig ist.

Â

a) Die Klage ist gegen den richtigen Klagegegner gerichtet. In dem im Streit stehenden Zeitraum war der Beklagte als gemĤÄ∏ <u>§ 36 SGB II</u> Ķrtlich zustĤndiger LeistungstrĤger passivlegitimiert.

Â

b) Der angefochtene Bescheid, gegen dessen formelle RechtmäÃ□igkeit keine Bedenken bestehen, ist auch materiell rechtmäÃ□ig. Der Kläger hat fù¼r die Zeit vom 01.05.2019 bis zum 31.07.2020 keinen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II. Diese Leistungen erhalten Personen nach den MaÃ□gaben der §Â§ 7 ff. i.V.m. §Â\$ 19 ff. SGB II.

Â

aa) Der Kläger erfÃ⅓llte im streitigen Zeitraum zwar die Voraussetzungen des § 7 Abs. 1 Satz 1 SGB II, weil er 39 bzw. 40 Jahre alt, erwerbsfähig und hilfebedÃ⅓rftig war und seinen gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland hatte. Er war jedoch gemäÃ□ § 7 Abs. 5 Satz 1 SGB II in der hier maÃ□gebenden, seit dem 01.08.2016 geltenden Fassung von den genannten (zuschussweisen) Leistungen ausgeschlossen.

Â

(1) <u>§ 7 Abs. 5 Satz 1 SGB II</u> schlieà t Auszubildende von den Leistungen â t mit Ausnahme derjenigen nach <u>§ 27 SGB II</u> â t aus, deren Ausbildung im Rahmen des BAföG dem Grunde nach förderungsfà whig ist. Fà 1/4r das Tatbestandsmerkmal der Förderungsfà whigkeit kommt es dem Wortlaut nach nur darauf an, dass die

Ausbildung dem Grunde nach gefĶrdert werden kann, hingegen ist nicht von Belang, ob der Auszubildende individuell und konkret einen Anspruch auf Leistungen nach dem BAfĶG hat (vgl. G. Becker in Eicher/Luik/Harich, SGB II, 5. Auflage 2021, § 7 Rn. 192). Vorliegend ist daher unerheblich, dass der Antrag des KlĤgers auf AusbildungsfĶrderung nach dem BAfĶG abgelehnt wurde, denn die Ablehnung grù⁄₄ndete sich auf individuell in der Person des Klägers liegende Gesichtspunkte. Die Frage der FĶrderfähigkeit dem Grunde nach ist hingegen anhand der sachlichen Förderkriterien und abstrakt, also losgelöst von der konkreten Person des Auszubildenden, zu beantworten (Bundessozialgericht [BSG], Urteile vom 06.09.2007, B 14/7b AS 28/06 R und B 14/7b AS 36/06 R; BSG, Urteil vom 27.09.2011, B 4 AS 160/10 R, juris Rn. 19 m.w.N.). Ausschlaggebend ist damit § 2 BAföG, der den Bereich der abstrakt förderungsfähigen Ausbildungen abschlieÃ∏end regelt (BSG, Urteil vom 19.08.2010, B 14 AS 24/09 R, juris Rn. 16).

Â

(a) Der Kläger war im streitigen Zeitraum unstreitig Auszubildender. Sein Studium war auch im Rahmen des BAföG dem Grunde nach förderungsfähig. GemäÃ☐ § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 BAföG wird Ausbildungsförderung (dem Grunde nach) geleistet für den Besuch von Hochschulen. MaÃ☐gebend für die Zuordnung sind Art und Inhalt der Ausbildung, § 2 Abs. 1 Satz 2 BAföG. Der Kläger besuchte im streitigen Zeitraum eine Hochschule in diesem Sinne, er war in einen Bachelorstudiengang der FH B immatrikuliert.

Â

(b) Auch die Voraussetzungen des § 2 Abs. 5 Satz 1 BAföG liegen vor und begründen die Förderungsfähigkeit dem Grunde nach. GemäÃ∏ § 2 Abs. 5 Satz 1 BAfA¶G wird AusbildungsfA¶rderung nur geleistet, wenn der Ausbildungsabschnitt mindestens ein Schul- oder Studienhalbjahr dauert und die Ausbildung die Arbeitskraft des Auszubildenden im Allgemeinen voll in Anspruch nimmt. Ausbildungsabschnitt im Sinne dieses Gesetzes ist die Zeit, die an Ausbildungsstätten einer Ausbildungsstättenart einschlieÃ∏lich der im Zusammenhang hiermit geforderten Praktika bis zu einem Abschluss oder Abbruch verbracht wird (§ 2 Abs. 5 Satz 2 BAföG). Ausbildungsabschnitt in diesem Sinne war hier der von dem KlĤger belegte Bachelorstudiengang an der FH B, die AusbildungsstÄxtte einer AusbildungsstÄxttenart ist. Dieses Studium war auf sechs Jahre angelegt und dauerte im streitgegenstĤndlichen Zeitraum noch 18 Monate bzw. knapp drei Semester. Es handelte sich auch um ein Studium, das die Arbeitskraft des KlĤgers im Allgemeinen voll in Anspruch genommen hat. Soweit der KlĤger insofern einwendet, er habe in der Vorlesungszeit nur 16 Stunden in der Woche die FH besucht, so deckt sich diese Zeitangabe schon nicht mit den im Studienverlaufsplan vorgesehenen Semesterwochenstunden (Anlage 1 zur Prüfungsordnung). Zwar handelt es sich bei dem Studienverlaufsplan nicht um eine verbindliche Vorgabe, für die Regelstudienzeit von sechs Semestern ist jedoch gemäÃ□ § 3 Abs. 3 der Prüfungsordnung ein bestimmtes Studienvolumen, nĤmlich 180 Leistungspunkte im European Credit Transfer System (ECTS), vorgesehen. Diese sogenannten Leistungspunkte oder CP sind

durch bestimmte Module zu erreichen (§ 6 Abs. 1 der Prüfungsordnung), wobei für die Studierenden in den Veranstaltungen Anwesenheitspflicht besteht, solange sie sich in einem Ausbildungsverhältnis befinden (§ 6 Abs. 4 der Prüfungsordnung). Ausgehend von der Regelstudienzeit und den für das Erreichen der Leistungspunkte zu belegenden Veranstaltungen ist im Allgemeinen von einer höheren Semesterwochenstundenzahl auszugehen, als der Kläger selbst angibt. Hinzu kommt, dass für die Bemessung der Zeit der Ausbildung in einem Studium nicht nur die Anwesenheit in den Lehrveranstaltungen, sondern A14blicherweise auch Zeiten der Vor- und Nachbereitung zu berA14cksichtigen sind. Auch fA14r die vorlesungsfreie Zeit ergibt sich keine andere EinschA14rt den AusbildungsfA14r der ung nach dem BAfA14r wird gemA14r A14r die Dauer der Ausbildung A14r einschlieA14r die unterrichts- und vorlesungsfreien Zeit A14r geleistet (siehe hierzu auch Hessisches Landessozialgericht [LSG], Urteil vom 19.08.2014, A14r A14r die Rasisches Landessozialgericht [LSG], Urteil vom 19.08.2014, A14r A14r die Rasisches Landessozialgericht [LSG], Urteil vom 19.08.2014, A14r die Rasisches Landessozialgericht [LSG], Urteil vom 19.08.2014.

Â

Darüber hinaus ist die konkret bei dem Kläger vorliegende zeitliche Aufteilung nicht von Belang und musste deshalb nicht festgestellt werden; auch auf die Frage, ob es sich bei den Zeiten im Ausbildungsbetrieb um Praktikumszeiten i.S.d. § 2 Abs. 4 BAfA¶G handelte, kommt es insoweit nicht an. Denn nach dem Wortlaut der Vorschrift ist die Inanspruchnahme im Allgemeinen relevant. Das spricht dagegen, auf die konkrete Situation des KlAzgers abzustellen, und dafA¼r, auch hier abstrakte Kriterien anzulegen. Zweck der Vorschrift ist es, die FĶrderung auf Vollzeitausbildungen zu beschrämnken (Schepers, BAfä¶G, 3. Onlineauflage 2016, § 2 Rn. 6). Dabei ist es auch sachgerecht, auf die Ausbildungsbestimmungen abzustellen, in diesem Fall die Studienordnung. GemĤÄ∏ Ziff. 2.5.2 Abs. 3 der BAföG-VwV (vom 15.10.1991, GMBl. 1991 S. 770, zuletzt geändert durch BAföGÃ∏ndVwV vom 29.10.2013, GMBl. 2013 S. 1094) kann an Hochschulen eine Vollzeitausbildung grundsÄxtzlich angenommen werden, wenn im Durchschnitt pro Semester 30 ECTS-Leistungspunkte vergeben werden. Dies ist, wie gezeigt, für den Studiengang des KlĤgers der Fall. Soweit der KlĤger Bedenken gegen die Anwendbarkeit der BAfĶG-VwV hat, ist ihm insofern darin zuzustimmen, als Verwaltungsvorschriften als Verwaltungsbinnenrecht für die Gerichte bei Anwendung und Auslegung von Gesetzen nicht bindend sind. Andererseits ist aber zu berücksichtigen, dass sich ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer bestimmten Leistung ergeben kann, wenn diese Leistung aufgrund einer von der Behörde in ständiger Ã∏bung angewandten Verwaltungsvorschrift zu gewähren ist (Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 05.05.1992, $\frac{16 \text{ A } 1434/90}{1434/90}$, juris Rn. 6). Die BAfĶG-VwV haben folglich fÄ $\frac{1}{4}$ r die Frage der FĶrderungsfĤhigkeit jedenfalls zugunsten von Auszubildenden eine Bedeutung auch mit Au̸enwirkung und können damit â∏∏ zumindest ergänzend â∏ auch zu den sachlichen FĶrderkriterien herangezogen werden, auf die es nach Ma̸gabe der Rechtsprechung des BSG ankommt.

Â

(c) Entgegen der Auffassung des Klägers ist ferner nicht maÃ□gebend, ob er in

seiner Ausbildung im Ausbildungsbetrieb seinem Erscheinungsbild nach als Arbeitnehmer und nicht als Student anzusehen war. Die von ihm insoweit herangezogene Rechtsprechung (BSG, Urteil vom 26.06.1975, 3/12 RK 14/73, sowie Urteile vom 10.09.1975, 3/12 RK 17/74 und 3 RK 42/75) betrifft die Frage der Versicherungspflicht bzw. -freiheit von Studierenden, die gleichzeitig in einem entgeltlichen Beschärftigungsverhärltnis stehen (vgl. <u>ŧ 27 Abs. 4 SGB III</u>, <u>ŧ 6</u> Abs. 1 Nr. 3 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch â∏ Gesetzliche Krankenversicherung â∏∏ [SGB V], § 5 Abs. 3 Sozialgesetzbuch Sechstes Buch â∏∏ Gesetzliche Rentenversicherung â∏∏ [SGB VI]). Für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dualen StudiengĤngen ist die Frage der Versicherungspflicht seit dem 01.01.2012 ohnehin gesetzlich geregelt (vgl. <u>§ 25 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB III</u>, <u>§ 5 Abs. 4a Nr. 2</u> SGB V, § 1 Satz 5 Nr. 2 SGB VI). Das (Nicht-)Bestehen eines SozialversicherungspflichtverhÄxltnisses ist fýr eine Förderung nach dem BAföG jedoch unerheblich. Dass auch sozialversicherungspflichtig Beschäftigte BAföG-Leistungen erhalten können, ist aus §Â§ 11 Abs. 2, 21 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 BAföG zu schlieÃ∏en. Danach ist Einkommen des Auszubildenden auf den Bedarf anzurechnen, vom Einkommen abgezogen werden kA¶nnen unter anderem die für den Berechnungszeitraum zu leistenden Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und zur BA.

Â

(2) Dem Leistungssauschluss gemÃxÃ∏ § 7 Abs. 5 Satz 1 SGB II steht auch nicht entgegen, dass die Berufsausbildung zum Mathematisch-technischen Softwareentwickler, die der KlĤger im streitigen Zeitraum aufgrund des Ausbildungsvertrags bei der C durchführte, im Rahmen der §Â§ 51, 57, 58 SGB III dem Grunde nach fĶrderungsfĤhig gewesen sein kĶnnte. Zwar begrļndet die FĶrderungsfĤhigkeit einer Ausbildung nach diesen Vorschriften seit der ̸nderung des <u>§ 7 Abs. 5 SGB II</u> durch das 9. SGB-II-Ã∏nderungsgesetz (also ab dem 01.08.2016) keinen Leistungsausschluss mehr. Auszubildende, die nach §Â§ 51, 57, 58 SGB III gefördert werden (können), können seither unter UmstĤnden auch Leistungen nach dem SGB II beziehen. Auswirkungen auf den weiterhin in <u>§ 7 Abs. 5 Satz 1 SGB II</u> geregelten Leistungsausschluss fÃ¹/₄r im Rahmen des BAfĶG dem Grunde nach fĶrderungsfĤhige Ausbildungen hat dies jedoch nicht. Das etwaige Hinzutreten weiterer FĶrderungsmĶglichkeiten berührt den Leistungsausschluss nicht. Dies ergibt sich bereits aus dem Wortlaut, dem sich nicht entnehmen lÄxsst, dass der Leistungsausschluss nur greifen soll, wenn eine Ausbildung ausschlie̸lich im Rahmen des BAföG förderungsfähig ist. Auch der Gesetzgeber ist ausweislich der Gesetzesbegrļndung davon ausgegangen, dass mit dem neuen â∏ also ab dem 01.08.2016 geltenden â∏ Satz 1 des <u>§ 7 Abs. 5 SGB II</u> Auszubildende von den Leistungen zum Lebensunterhalt (mit Ausnahme der Leistungen nach § 27 SGB II) ausgeschlossen bleiben, deren Ausbildung nach dem BAfĶG

A§ 27 SGB II) ausgeschlossen bleiben, deren Ausbildung nach dem BAfA¶G förderungsfähig ist (vgl. <u>BT-Drs. 18/8041, S. 30</u>). Die Frage, ob eine im Rahmen eines ausbildungsintegrierten (dualen) Studiengangs durchgeführte Berufsausbildung förderungsfähig im Sinne des

<u>§ 57 SGB III</u> ist (ablehnend etwa LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 29.08.2017, <u>L 14 AL 35/16</u>; LSG Schleswig-Holstein, Urteil vom 12.05.2017, <u>L 3 AL 15/15</u>;

Bayerisches LSG, Beschluss vom 15.03.2016, <u>L 9 AL 284/15 B ER</u>; auf eine wertende Betrachtung abstellend Sächsisches LSG, Urteil vom 30.11.2017, <u>L 3 AL 192/15</u>; die Förderungsfähigkeit bejahend hingegen SG Speyer, Urteil vom 03.09.2014, <u>S 1 AL 13/14</u>; zum Meinungsstand vgl. auch Herbst in jurisPK-SGB III, Stand: 22.03.2021, § 57 Rn. 48; Brecht-Heitzmann in Gagel, SGB III, <u>§ 56 SGB III</u>, Stand: 66. EL Juni 2017, Rn. 17 sowie Bienert, NZS 2017 S. 258 ff.), kann daher vorliegend offen bleiben.

Â

(3) Einer der in <u>§ 7 Abs. 6 SGB II</u> genannten Fälle, die eine (Rþck-)Ausnahme vom Leistungsausschluss des <u>§ 7 Abs. 5 Satz 1 SGB II</u> begründen, liegt nicht vor.

Â

bb) Ansprüche auf Leistungen gemÃxÃ \square § 27 SGB II, für die der Leistungsausschluss gemÃxÃ \square § 7 Abs. 5 Satz 1 SGB II nicht greift, bestehen ebenfalls nicht. Es ist weder vorgetragen noch anderweitig ersichtlich, dass die Voraussetzungen für die Erbringung von Leistungen für einen Mehrbedarf gemÃxÃ \square § 27 Abs. 2 SGB II oder in einem HÃxrtefall unter den besonderen Voraussetzungen des § 27 Abs. 3 Satz 2 SGB II bei dem KlÃxger vorlagen. Leistungen als Darlehen gemÃxÃ \square § 27 Abs. 3 Satz 1 SGB II hat er nicht geltend gemacht.

Â

B) Die Kostenentscheidung ergibt sich aus <u>§Â§ 193 Abs. 1 Satz 1</u>, <u>183 SGG</u> und folgt der Entscheidung in der Sache.

Â

C) Der Senat hat die Revision gemäÃ∏ <u>§ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG</u> wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen, da zur Rechtsfrage, ob eine weitere dem Grunde nach bestehende Förderungsmöglichkeiten neben derjenigen nach dem BAföG dem Leistungsausschluss gemäÃ∏ <u>§ 7 Abs. 5 Satz 1 SGB II</u> entgegensteht, bislang keine höchstrichterliche Rechtsprechung vorliegt.

Â

Erstellt am: 20.07.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024